

Wohn- und Betreuungsvertrag für vollstationäre Pflegeeinrichtungen

zwischen Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Unterfranken e.V. /
awohn gemeinnützige GmbH

(Träger der Einrichtung)

Name der Einrichtung	Bernhard-Junker-Haus
Einrichtungsteil	Seniorenheim
Straße	Neuhofstraße 11
Postleitzahl und Ort	63743 Aschaffenburg

vertreten durch die Einrichtungsleitung
Herrn / Frau **Hubert Rösch**

im folgenden "Einrichtung" genannt,

und	Frau / Herrn	Hermann .Mustermann
	geboren am	01.01.2010
	bisherige Anschrift	, 63743 Aschaffenburg,

ggf.: vertreten durch die / den Bevollmächtigte/n Frau / Herrn:
ausgewiesen durch schriftliche / notarielle Vollmacht vom,
– vertreten durch ihre / seine rechtliche Betreuerin bzw. ihren / seinen rechtlichen
Betreuer Frau / Herrn / Verein _____

im folgenden "Bewohnerin / Bewohner" genannt

Inhaltsverzeichnis:

Vorbemerkung	Seite 3
§ 1 Vertragsbeginn, Vertragsdauer	Seite 4
§ 2 Rechtliche Vertragsgrundlagen	Seite 4
§ 3 Leistungen der Einrichtung	Seite 4
§ 4 Allgemeine Pflegeleistungen	Seite 5
§ 5 Soziale Betreuung	Seite 5
§ 6 Zusätzliche Betreuungsleistungen nach § 87b SGB XI	Seite 6
§ 7 Medizinische Behandlungspflege, Vermittlung von Therapieleistungen	Seite 6
§ 8 Wohnen	Seite 7
§ 9 Weitere Leistungen zu Wohnen, Unterkunft und Gebäude	Seite 9
§ 10 Verpflegung	Seite 9
§ 11 Hilfsmittel	Seite 10
§ 12 Zusatzleistungen	Seite 10
§ 13 Sonstige Leistungen gegen Entgelt	Seite 11
§ 14 Betriebsnotwendige Investitionsaufwendungen	Seite 11
§ 15 Entgelte für Regelleistungen und Investitionskosten	Seite 12
§ 16 Bemessung und Entwicklung des Entgelts	Seite 13

§ 17 Änderung des Pflege- und Betreuungsbedarfs, Ausschluss der Anpassung	Seite 14
§ 18 Fälligkeit und Zahlung der Entgelte	Seite 15
§ 19 Vorübergehende Abwesenheit der Bewohnerin / des Bewohners	Seite 16
§ 20 Eingebraachte Sachen	Seite 17
§ 21 Haftung, Versicherung	Seite 17
§ 22 Vertragsdauer, Kündigung	Seite 18
§ 23 Kündigung durch die Bewohnerin / den Bewohner	Seite 18
§ 24 Kündigung durch die Einrichtung	Seite 18
§ 25 Nachweis von Leistungersatz und Übernahme der Umzugskosten	Seite 19
§ 26 Vertragsende	Seite 20
§ 27 Übernahme, Betreten und Rückgabe des Zimmers	Seite 20
§ 28 Beendigung des Vertragsverhältnisses	Seite 21
§ 29 Informations- und Beschwerderecht der Bewohnerin / des Bewohners	Seite 21
§ 30 Infektionsschutzgesetz	Seite 22
§ 31 Datenschutz und Schweigepflicht	Seite 22
§ 32 Sonstiges	Seite 23
§ 33 Besondere oder zusätzliche Vertragsbestimmungen	Seite 23
§ 34 Schlussbestimmungen	Seite 23

Anlagenverzeichnis	Seite 24
--------------------	----------

Vorbemerkung:

Dieser Vertrag wird auf der Grundlage der schriftlichen Informationen geschlossen, die der Bewohnerin / dem Bewohner (Verbraucher im Sinn des § 3 WBVG) vom Träger der Einrichtung (Unternehmer im Sinn des § 3 WBVG) vor Vertragsschluss übermittelt worden sind. Gegenüber diesen vorvertraglichen Informationen ergeben sich im Vertrag

☒ keine Änderungen.

☐ Änderungen, die gesondert kenntlich gemacht sind.

Änderungen gegenüber der vorvertraglichen Informationen, soweit nicht weiter im Text kenntlich gemacht:

.....

Da aus tatsächlichen Gründen vor dem Einzug keine Möglichkeit zur Überlassung der schriftlichen Informationen an die Bewohnerin / den Bewohner bestand, werden diese Informationen hiermit vor Abschluss des Vertrages ausgehändigt und mündlich erläutert.

Die Bewohnerin / Der Bewohner bzw. die für sie / ihn beim Vertragsschluss handelnde Vertretungsperson erklärt ausdrücklich, dass ihr / ihm diese Informationen vor Unterzeichnung des Vertrages überlassen wurden, dass Gelegenheit zum Prüfen der Informationen und zum Stellen von Fragen dazu bestand und dass gestellte Fragen beantwortet wurden.

Die Bewohnerin / Der Bewohner wurde im Rahmen der vorvertraglichen Information auch darauf hingewiesen, dass sie / er eine Patientenverfügung verfassen bzw. ihre / seine Patientenverfügung bei der Einrichtung hinterlegen kann. Die Übergabe der Patientenverfügung wird gegebenenfalls von der Einrichtungsleitung schriftlich bestätigt (vgl. Anlage).

§ 1 Vertragsbeginn, Vertragsdauer

(1) Der Vertrag beginnt am und wird auf unbestimmte Dauer geschlossen.

Zutreffendenfalls:

(1) Der Vertrag beginnt am und wird auf die Zeit von Monaten /
Jahren geschlossen / ist bis befristet.

Grund für die Befristung:

(2) Frau / Herr **Hermann .Mustermann** wird ab / ist seit in der Einrichtung aufgenommen. Mit diesem Tag beginnt das Wohn- und Betreuungsvertragsverhältnis zwischen der Bewohnerin / dem Bewohner und dem Träger der Einrichtung.

(3) Ist der Zeitpunkt des tatsächlichen Einzuges ein späterer als der des Vertragsbeginns, gilt § 19 Abs. 2 entsprechend.

§ 2 Rechtliche Vertragsgrundlagen

(1) Die Einrichtung ist

- ☐ auf Grund Übergangsregelung bei Einführung der Pflegeversicherung (Bestandschutz) bzw.
- ☒ durch Versorgungsvertrag mit den Landesverbänden der Pflegekassen in Bayern vom 21.04.2008 mit Änderung/en vom

gemäß § 72 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) zur Erbringung vollstationärer Pflegeleistungen zugelassen.

(2) Der Inhalt des Versorgungsvertrages, die Bestimmungen der Entgeltvereinbarungen mit den Leistungs- und Qualitätsmerkmalen bzw. der weiter geltenden Leistungs- und Qualitätsvereinbarung, sowie die Regelungen des Rahmenvertrages nach § 75 Abs. 2 SGB XI in der jeweils geltenden Fassung sind für das Vertragsverhältnis verbindlich. Soweit der Inhalt dieser Vereinbarungen für das Vertragsverhältnis wesentlich ist, ist er in der vorvertraglichen Information bzw. im Vertrag dargestellt und eingearbeitet. Der Wortlaut der Vereinbarungen kann bei der Einrichtungsleitung eingesehen werden.

§ 3 Leistungen der Einrichtung

(1) Die Einrichtung erbringt auf der Grundlage des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes (WBVG) unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen der Bewohnerin / dem Bewohner folgende Leistungen:

- allgemeine Pflegeleistungen gemäß § 4 in Verbindung mit Anlage 1
- soziale Betreuung gemäß § 5
- ggf.: zusätzliche Betreuungsleistungen nach § 87 b SGB XI gemäß § 6
- medizinische Behandlungspflege gemäß § 7
- Wohnen (Unterkunft) gemäß § 8
- weitere Leistungen zu Wohnen, Unterkunft und Gebäude nach Maßgabe des § 9
- Verpflegung (Speisen und Getränke) gemäß § 10
- Versorgung mit Hilfsmitteln, soweit das Aufgabe der Einrichtung ist, gemäß § 11

- Zusatzleistungen im Sinn des § 88 Abs. 2 SGB XI gemäß § 12
- (2) Der Umfang der Leistungen nach Absatz 1 im Einzelnen ergibt sich aus den §§ 4 bis 12 des Vertrages einschließlich der Anlagen zum Vertrag sowie aus besonderen Leistungs- oder Angebotslisten, die die Einrichtung herausgeben und bei Bedarf an geänderte sachliche oder rechtliche Verhältnisse anpassen kann.
- (3) Die von der Einrichtung zu erbringenden Leistungen orientieren sich vornehmlich an der Lebenssituation und an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner gemäß dem Leistungskonzept der Einrichtung sowie der Entgeltvereinbarung nach SGB XI mit den Leistungs- und Qualitätsmerkmalen, bzw. einer weiter geltenden Leistungs- und Qualitätsvereinbarung für die Einrichtung. Ziel ist es, den Bewohnerinnen / den Bewohnern ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.
- (4) Der konkrete Pflege- und Betreuungsbedarf der Bewohnerin / des Bewohners sowie die zu seiner Erfüllung zu erbringenden Leistungen sind insbesondere aus der Pflegedokumentation einschließlich der Pflegeplanung zu ersehen.

§ 4 Allgemeine Pflegeleistungen

- (1) Als allgemeine Pflegeleistungen werden der Bewohnerin / dem Bewohner die im Einzelfall erforderlichen Hilfen zur Unterstützung und zur Teilnahme an den Aktivitäten im Ablauf des täglichen Lebens mit dem Ziel einer selbstständigen Lebensführung gewährt. Die Pflege dient auch der Minderung sowie der Vorbeugung einer Verschlimmerung der Pflegebedürftigkeit. Die Leistungen werden nach dem allgemeinen Stand der pflegewissenschaftlichen und pflegewissenschaftlichen Erkenntnissen erbracht.
- (2) Art und Umfang der allgemeinen Pflegeleistungen richten sich nach den Pflegestufen 1, 2 und 3 sowie Pflegestufe 3 plus (Härfälle) im Sinn des SGB XI und sind in Anlage 1, die Bestandteil dieses Vertrages ist, näher beschrieben.
- (3) Zusätzliche pflegerisch-betreuende Leistungen, die über die Pflegeleistungen nach Absatz 1 und 2 in Verbindung mit der Anlage 1 hinausgehen, können als Zusatzleistungen gemäß § 12 erbracht werden.

§ 5 Soziale Betreuung

- (1) Ziel der sozialen Betreuung ist die Gestaltung eines Lebensraumes, der den Bewohnerinnen und Bewohnern die Führung eines möglichst selbstständigen und selbstbestimmten Lebens ermöglichen und zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft innerhalb und außerhalb der Einrichtung beitragen soll, soweit dies der individuelle Gesundheitszustand erlaubt.
- (2) Im Rahmen der sozialen Betreuung erbringt die Einrichtung je nach Bedarf und eigenen Möglichkeiten sozialbetreuerische Aktivitäten wie Beschäftigungs- und Freizeitangebote, Hilfen bei der persönlichen Lebensführung wie Tagesstrukturierung und gemeinschaftliche Gestaltung des Alltags und bietet die Teilnahme an kulturellen und unterhaltenden Veranstaltungen an. Art und Umfang dieser Angebote richten sich nach den personellen und organisatorischen Möglichkeiten der Einrichtung. Anspruch auf eine bestimmte Art von Angeboten besteht nicht. Soweit die angebotenen Veranstaltungen nicht ausschließlich mit personellen und sächlichen Mitteln der Einrichtung erbracht

werden, kann ein Beitrag für zusätzliche Aufwendungen oder eine Vergütung nach Maßgabe des Katalogs der Zusatzleistungen (Anlage 4) erhoben werden. Der Beitrag oder die Vergütung wird jeweils zusammen mit dem Veranstaltungshinweis bekannt gegeben.

(3) Ferner wird im Rahmen der personellen und fachlichen Kapazitäten Unterstützung bei der Erledigung persönlicher Angelegenheiten geleistet, soweit sie nicht durch das soziale Umfeld der Bewohnerin bzw. des Bewohners erbracht wird oder erbracht werden kann oder durch Dritte geleistet werden muss. Dazu gehören insbesondere folgende Tätigkeiten:

- Postempfang und Postverteilung (Postempfangsberechtigung siehe Anlage 10)
- Hilfestellung bei der Beantragung von sozialen Leistungen und bei sonstigen behördlichen Angelegenheiten; darüber hinausgehende unentgeltliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsberatung) sind nicht umfasst.

(4) Die Bewohnerin / Der Bewohner ist nicht verpflichtet, an Aktivitäten der sozialen Betreuung teilzunehmen; eine Ermäßigung des Entgelts ist damit nicht verbunden.

(5) Die Verwaltung von Bargeld der Bewohnerin / des Bewohners auf deren / dessen Wunsch ist keine Regelleistung. Gegebenenfalls ist Anlage 11 zu unterzeichnen.

§ 6 Zusätzliche Betreuungsleistungen nach § 87 b SGB XI

(1) Für pflegebedürftige Bewohnerinnen und Bewohner mit erheblichem allgemeinen Betreuungsbedarf im Sinne der §§ 45 a und 87 b SGB XI hält die Einrichtung ein zusätzliches Angebot zur zusätzlichen Betreuung und Aktivierung vor, das über die Aktivitäten der sozialen Betreuung nach § 5 hinausgeht und insbesondere dazu dienen soll, das physische und psychische Wohlbefinden der betreuten Menschen positiv zu beeinflussen.

(2) Die Berechtigung, an dem zusätzlichen Angebot teilzunehmen, wird von der Pflegekasse festgestellt. Auf Anlage 8 zu diesem Vertrag (Entbindung von der Schweigepflicht) wird hingewiesen.

(3) Die Einrichtung vereinbart mit den Pflegekassen einen Vergütungszuschlag (zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses **3,50** Euro täglich), mit dem alle zusätzlichen Betreuungsleistungen abgegolten sind. Den teilnehmenden Bewohnerinnen und Bewohnern entstehen daher keine Kosten (§ 87 b Absatz 2 SGB XI).

§ 7 Medizinische Behandlungspflege, Vermittlung von Therapieleistungen

(1) Bei den Leistungen der medizinischen Behandlungspflege handelt es sich um medizinische Maßnahmen, die im Rahmen des ärztlichen Behandlungsplanes und der ärztlichen Diagnostik verordnet und delegiert werden und die zur Sicherung des Ziels der ärztlichen Behandlung erforderlich sind.

(2) Die Leistungen der medizinischen Behandlungspflege werden unter folgenden Voraussetzungen angeboten:

- Sie sind von der behandelnden Ärztin / dem behandelnden Arzt verordnet und in der Pflegedokumentation von ihr / ihm abgezeichnet;
- es ist nicht im Hinblick auf die Komplexität der Maßnahme oder aus rechtlichen Gründen (z.B. intravenöse Injektionen) die persönliche Durchführung durch die Ärztin / den Arzt erforderlich und
- die Bewohnerin / der Bewohner bzw. die rechtliche Betreuungsperson hat in die betreffende ärztliche Heilbehandlung eingewilligt und lehnt eine Durchführung der Maßnahme durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung nicht ausdrücklich ab.

(3) Leistungen der medizinischen Behandlungspflege sind Bestandteil der nach SGB XI zu erbringenden pflegerischen Versorgung und daher durch das Entgelt für Pflegeleistungen (Pflegevergütung) abgegolten (§ 43 Abs. 1 SGB XI), soweit es sich nicht um Leistungen aufgrund eines besonders hohen Versorgungsbedarfs im Sinne des § 37 Abs. 2 SGB V oder sonst um Leistungen handelt, für die ein gesonderter Leistungsanspruch gegen die gesetzliche Krankenversicherung im Rahmen des SGB V besteht.

(4) Soweit die Bewohnerin / der Bewohner Medikamente und sonstige Heil- und Hilfsmittel nicht selbst beschafft und aufbewahrt bzw. soweit das aus Sicherheitsgründen nicht möglich ist, übernimmt die Einrichtung die Beschaffung und ordnungsgemäße Aufbewahrung als Nebenleistung. Die Beschaffung ist eine Zusatzleistung gemäß § 12. Die Bewohnerin / Der Bewohner wird ausdrücklich auf die Risiken einer Selbstmedikation hingewiesen; für etwaige Folgen übernimmt die Einrichtung keine Haftung.

(5) Der Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung gemäß § 72 SGB V und der Anspruch auf kassenärztliche Versorgung gemäß § 73 SGB V bleiben unberührt.

(6) Die Einrichtung vermittelt bei Bedarf nach ärztlicher Verordnung folgende Therapieleistungen:

- ☐ Krankengymnastik/Physiotherapie
- ☐ Logopädie
- ☐ Ergotherapie
- ☐ Podologie (medizinische Fußpflege)
- ☐

Diese Therapieleistungen werden nicht von der Einrichtung erbracht und sind nicht mit dem Entgelt abgegolten. Sie werden der Bewohnerin / dem Bewohner bzw. der zuständigen Krankenkasse direkt von der jeweiligen Therapeutin / dem jeweiligen Therapeuten in Rechnung gestellt und sind dieser / diesem von der Bewohnerin / dem Bewohner oder von der Krankenkasse zu vergüten.

§ 8 Wohnen

(1) Die Einrichtung überlässt der Bewohnerin / dem Bewohner als Wohnraum das Zimmer Nr. () mit qm reiner Wohnfläche zur Nutzung

(2) Zum Zimmer bzw. Wohnplatz gehören folgende Sanitärräumlichkeiten mit qm Fläche:

- ☒ beim :
- ☐ gemeinsame Nutzung von ☐ Toilette ☐ Dusche ☐ Bad mit der Bewohnerin / dem Bewohner eines benachbarten Einzelzimmers
- ☐ Doppelzimmer mit gemeinsamer Nutzung von ☐ Toilette ☐ Dusche ☐ Bad

☐ Doppelzimmer mit gemeinsamer Nutzung von ☐ Toilette ☐ Dusche ☐ Bad mit den Bewohnerinnen / Bewohnern eines benachbarten Doppelzimmers

(3) Das Einzelzimmer bzw. der Wohnplatz im Doppelzimmer ist möbliert. Die einrichtungseigene Ausstattung ist in Anlage 2 beschrieben.

(4) Die Bewohnerin / Der Bewohner kann im Rahmen des verfügbaren Platzes eigene Einrichtungsgegenstände einbringen, wenn sie hygienisch einwandfrei sind und wenn von den Gegenständen keine Gefahr für die Sicherheit ausgeht. Auf § 20 wird verwiesen.

(5) Folgende Schlüssel werden der Bewohnerin / dem Bewohner übergeben:

☐ Hausschlüssel ☐ Flurschlüssel ☐ Zimmerschlüssel
☐ Briefkastenschlüssel ☐ Wertfachschlüssel ☐ Kühltischfachschlüssel
☐ Sonstige (bitte benennen):

Die Schlüsselaushändigung erfolgt gegen Quittung (siehe Anlage 14). Alle Schlüssel sind Eigentum der Einrichtung.

(6) Änderung der Zimmerüberlassung

Mit Zustimmung der Bewohnerin / des Bewohners bzw. ihrer / seiner Vertretungsperson kann ihr / ihm ein anderes Zimmer überlassen werden. In diesem Fall wird einvernehmlich eine entsprechende Vertragsergänzung vorgenommen.

Der Bewohnerin / Dem Bewohner kann durch die Einrichtungsleitung ein anderer Wohnplatz im Einzelzimmer oder im Doppelzimmer überlassen werden, wenn das aus medizinischen oder pflegefachlichen Gründen, wegen notwendiger Baumaßnahmen oder aus sonstigen wichtigen Gründen im überwiegenden Interesse der Bewohnerin / des Bewohners, anderer Bewohner, der Einrichtung oder der Allgemeinheit erforderlich wird; die Erforderlichkeit und die Auswahl des Zimmers sind schriftlich zu begründen. Die Bewohnerin / Der Bewohner bzw. ihre / seine rechtliche Betreuungsperson kann der Änderung nur widersprechen, wenn nachgewiesen werden kann, dass berechnigte Interessen der Bewohnerin / des Bewohners nicht ausreichend gewürdigt worden sind.

(7) Die Instandhaltung einschließlich der nach Mietrecht üblichen Schönheitsreparaturen in Bezug auf die überlassenen Räumlichkeiten obliegt der Einrichtung in dem Umfang, der zur Erhaltung des vertragsmäßigen Gebrauchs erforderlich ist. Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen schuldhafter Beschädigung der Räume und ihrer Ausstattung bleibt vorbehalten (vgl. § 21 des Vertrags). Änderungen an baulichen oder technischen Anlagen im Zimmer durch die Bewohnerin / den Bewohner sind nur zulässig, wenn sie von Fachbetrieben ausgeführt werden und die Einrichtungsleitung vor Beginn zugestimmt hat.

(8) Die Überlassung des Zimmers an Dritte bzw. die Aufnahme Dritter ist grundsätzlich unzulässig. In besonderen Fällen sind Ausnahmen hiervon nach Vereinbarung mit der Einrichtungsleitung gemäß § 13 gegen Entgelt möglich.

(9) In der Einrichtung besteht eine Hausordnung (Anlage 15), die das Zusammenleben der Bewohnerinnen und Bewohner regelt. Ihre Beachtung gehört zu den vertraglichen Pflichten der Bewohnerin / des Bewohners. Die Hausordnung dient insbesondere dazu, gegenseitige Störungen zu vermeiden und die Sicherheit des Hauses zu gewährleisten. Aus diesem Grund kann das Rauchen im Zimmer eingeschränkt oder untersagt werden.

(10) Haustierhaltung ist in der Einrichtung grundsätzlich nach Absprache mit der Einrichtungsleitung möglich. Näheres regelt die Anlage 9. Eine vorübergehende Übernahme der Betreuung des Haustiers durch die Einrichtung ist nur in Ausnahmefällen

gemäß § 13 gegen Entgelt und Ersatz der notwendigen Aufwendungen insbesondere für Futter und tierärztliche Behandlung möglich.

§ 9 Weitere Leistungen zu Wohnen, Unterkunft und Gebäude

(1) Funktionsräume:

Die Einrichtung hält die notwendigen Pflegebäder vor, außerdem sonstige für die Pflege und die hauswirtschaftliche Versorgung und die Verwaltung erforderliche Funktionsräume.

(2) Die Einrichtung hält die in Anlage 2 genannten Gemeinschaftsräume vor.

(3) Die Nutzung der Funktions- und Gemeinschaftsräume ist für die Bewohnerinnen und Bewohner grundsätzlich kostenfrei; für Veranstaltungen, die in ihnen stattfinden, kann Eintritt erhoben werden. Sofern in den Räumen Leistungen Dritter erbracht werden (z.B. Friseur/in), sind diese zu bezahlen.

Die Bewohnerin / Der Bewohner kann die Gemeinschaftsräume im Rahmen ihrer Zweckbestimmung und der betrieblichen Abläufe persönlich nutzen. Die Durchführung privater Feste und Feiern in solchen Räumen bedarf der vorherigen Zustimmung der Einrichtungsleitung und ist im Rahmen des § 13 als sonstige Leistung grundsätzlich kostenpflichtig.

(4) Sonstige Leistungen bei Grundstück und Gebäude:

a) Reinigung, Wartung und Instandhaltung

Die Reinigung (Putzen und Säubern) der Räumlichkeiten (Wohnräume, Gemeinschaftsräume, Funktionsräume, sonstiger Räume und Flächen), die Wartung der technischen Anlagen der Einrichtung und die erforderliche Instandhaltung und Instandsetzung aller Anlagen und einrichtungseigenen Ausstattungsgegenstände werden regelmäßig erbracht.

Die Reinigung bei außergewöhnlicher Verschmutzung durch die Bewohnerin / den Bewohner gehört nicht zu den vertraglichen Leistungen der Einrichtung. Es handelt sich hierbei um eine entgeltspflichtige sonstige Leistung im Sinn des § 13.

b) Wäscheservice

- Waschen von Bettwäsche, Hand- und Badetüchern und Waschlappen
- Näh- und Flickarbeiten in kleinerem Umfang
- Waschen der persönlichen Kleidungsstücke, soweit diese maschinen- und trocknergeeignet sind und mit dem Namen der Bewohnerin / des Bewohners gekennzeichnet sind. Die chemische Reinigung von Wäsche- oder Bekleidungsstücken wird durch die Einrichtung nicht übernommen bzw. ist als sonstige Leistung zu bezahlen.
- Sonstiges (bitte beschreiben):

c) Leistungen der Ver- und Entsorgung udgl., insbesondere

- Heizung
- Stromversorgung
- Kalt- und Warmwasserversorgung
- Entwässerung
- Straßenreinigung
- Abfallentsorgung
- Schornsteinreinigung
- Aufzugswartung

- Gartenpflege
- betriebsbezogene Versicherungen
- Sonstiges (bitte beschreiben):

d) Hausmeisterservice:

- Instandhaltung des heimeigenen Mobiliars
- Reparatur des heimeigenen Mobiliars
- einfache handwerkliche Tätigkeiten im Sanitärbereich
- Sonstiges (bitte beschreiben):

§ 10 Verpflegung

(1) Die Einrichtung bietet folgende Vollverpflegung an:

- ☒ ausreichende jederzeit erhältliche Getränkeversorgung: Wasser, Tee, Kaffee
- ☒ Vollpension, bestehend aus Frühstück, Mittagessen, Nachmittagskaffee und Abendessen
- ☐ Menüwahl
- ☒ diätgerechte Ernährung mit Zwischenmahlzeiten
- ☐ Vollwerternährung
- ☐ Sonstiges (bitte beschreiben):

(2) Die Mahlzeiten werden grundsätzlich in der Gemeinschaft eingenommen. Das regelmäßige Servieren der Hauptmahlzeiten auf das Zimmer wird nur dann unentgeltlich übernommen, wenn es aus medizinischen oder pflegerischen Gründen erforderlich ist. Sofern es die Bewohnerin / der Bewohner in anderen Fällen ausdrücklich wünscht, ist das eine kostenpflichtige Zusatzleistung gemäß § 12.

(3) Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass regelmäßiges und ausreichendes Essen und vor allem Trinken aus medizinischen und pflegerischen Gründen unbedingt erforderlich ist. Soweit die Bewohnerin / der Bewohner trotzdem auf die Einnahme von Mahlzeiten oder auf den Konsum von Getränken verzichtet, die angeboten werden, ergibt sich daraus keine Minderung des Entgelts. Eine Ausnahme gilt nur, soweit aus medizinischen Gründen eine Nahrungsaufnahme nicht mehr möglich ist, insbesondere bei Sondenernährung.

§ 11 Hilfsmittel

(1) Die Einrichtung hält Pflegehilfsmittel und andere Hilfsmittel zur Versorgung vor, soweit sie zu deren Vorhaltung nach dem SGB XI bzw. nach dem Rahmenvertrag für den Bereich vollstationäre Pflege gemäß § 75 Abs. 2 und 3 SGB XI verpflichtet ist. Der Leistungsanspruch der Bewohnerin / des Bewohners gegen die Krankenkasse nach § 33 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) bleibt hiervon unberührt.

(2) Bei Nichtübernahme der Kosten für Hilfsmittel durch die Krankenkasse, für die grundsätzlich ein Leistungsanspruch nach § 33 SGB V besteht, hat die Bewohnerin / der Bewohner für die entstehenden Kosten aufzukommen.

§ 12 Zusatzleistungen

(1) Über das in den §§ 4 bis 11 in Verbindung mit den Anlagen 1 und 2 beschriebene Leistungsangebot hinaus können der Bewohnerin / dem Bewohner Zusatzleistungen im Sinne des § 88 Abs. 2 SGB XI angeboten werden. Bei Zusatzleistungen handelt es sich um besondere Komfortleistungen bei Unterkunft und bei Verpflegung bzw. um zusätzliche pflegerisch-betreuende Leistungen, die mit gewisser Regelmäßigkeit erbracht werden.

(2) Hierfür ist vor Leistungsbeginn eine gesonderte schriftliche Vereinbarung über Art, Umfang, Dauer und Zeitabfolge sowie über die Höhe der Zuschläge und die Zahlungsbedingungen abzuschließen. Der derzeit geltende Preiskatalog ist dem Vertrag beigelegt (siehe Anlage 4).

(3) Zusatzleistungen sind nicht Teil der mit dem Entgelt abgegoltenen Leistungen, werden nicht von der Pflegekasse übernommen und sind in der Regel auch nicht geeignet, eine Zahlungspflicht des Sozialhilfeträgers auszulösen. Diese Leistungen werden von der Einrichtung allein mit der Bewohnerin / dem Bewohner bzw. der rechtlichen Betreuungsperson abgerechnet.

(4) Wird eine vereinbarte Zusatzleistung nicht in Anspruch genommen, so kann das Entgelt hierfür nur ermäßigt werden, soweit die Einrichtung dadurch Kosten einspart. Die Bewohnerin / der Bewohner hat die Nicht-Inanspruchnahme einer Zusatzleistung rechtzeitig der Einrichtung mitzuteilen.

(5) Eine Änderung des Preiskatalogs (Wegfall von Zusatzleistungen, Preisänderung) durch die Einrichtung ist nur zulässig, wenn die Landesverbände der Pflegekassen und der Träger der Sozialhilfe vorher schriftlich unterrichtet wurden; die Änderung berechtigt nicht zur Kündigung des Wohn- und Betreuungsvertragsverhältnisses. Soweit eine Preiserhöhung bereits vereinbarte Zusatzleistungen betrifft, kann die einseitige Erhöhung durch schriftliche Erklärung gegenüber den betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern erfolgen; sie wird mit dem Ersten des auf den Zugang folgenden Kalendermonats wirksam.

(6) Sowohl die Bewohnerin / der Bewohner als auch die Einrichtung können vereinbarte Zusatzleistungen grundsätzlich ohne Angabe von Gründen mit einer Frist von zwei Wochen zum Monatsende schriftlich kündigen; Ausnahmeregelungen hiervon sind in der Anlage 4 „Katalog von Zusatzleistungen“ aufgeführt. Im Fall des Absatzes 5 Satz 2 kann die Bewohnerin / der Bewohner der Erhöhung innerhalb von zwei Wochen ab Zugang der Erklärung schriftlich widersprechen; der Widerspruch gilt als Kündigung der vereinbarten Zusatzleistung.

§ 13 Sonstige Leistungen gegen Entgelt

Sonstige Leistungen, die nicht unter die §§ 4 bis 12 in Verbindung mit den Anlagen fallen, können von der Einrichtung unter Angabe der jeweils zu entrichtenden Vergütung gesondert angeboten bzw. gegen angemessenes Entgelt erbracht werden (siehe Anlage 4). Ist kein Entgelt vereinbart worden, sind die §§ 612, 632 und 315 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) entsprechend anzuwenden.

§ 14 Betriebsnotwendige Investitionsaufwendungen

(1) Der Einrichtung entstehen betriebsnotwendige Investitionsaufwendungen im Sinn des § 82 Abs. 2 Nr. 1 SGB XI für Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, die für den Betrieb der Pflegeeinrichtung notwendigen Gebäude und sonstigen abschreibungsfähigen

Anlagegüter herzustellen, anzuschaffen, wiederzubeschaffen, zu ergänzen, instand zu halten oder instand zu setzen. Entsprechendes gilt gemäß § 82 Abs. 2 Nr. 3 SGB XI für Aufwendungen für Miete, Nutzung oder Mitbenutzung von Gebäuden und sonstigen abschreibungsfähigen Anlagegütern.

(2) Wenn bzw. soweit solche Aufwendungen nicht durch öffentliche Förderung gedeckt sind, können sie gemäß § 82 Abs. 4 bzw. § 82 Abs. 3 SGB XI den pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohnern gesondert berechnet werden (vgl. § 16 Abs. 4 des Vertrags). Die gesondert berechneten Investitionskosten sind Teil des Gesamtentgelts im Sinn des § 15.

§ 15 Entgelte für Regelleistungen und Investitionskosten

(1) Die täglichen Entgelte bzw. Entgeltbestandteile (ggf.: im Einrichtungsteil) betragen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (jeweils in Euro):

1.1 Wohnen im Einzelzimmer (EZ):

Pflegeklasse (entspricht der Pflegestufe)	Pflegeklasse 1	Pflegeklasse 2	Pflegeklasse 3	Pflegeklasse 3 plus (Härtefall) *
Gesamt-Entgelt im Einzelzimmer	80,91 €	93,46 €	102,70 €	102,70 €
Entgeltbestandteil Pflege (inclusive Ausbildungszuschlag gemäß § 82 a Abs. 2 SGB XI)	50,08 €	62,63 €	71,87 €	71,87 €
Entgeltbestandteil Unterkunft	7,51 €	7,51 €	7,51 €	7,51 €
Entgeltbestandteil Verpflegung	9,99 €	9,99 €	9,99 €	9,99 €
Entgeltbestandteil Investitionskosten	13,33 €	13,33 €	13,33 €	13,33 €
Entgeltbestandteil Ausbildungszuschlag gemäß § 82 a Abs. 2 SGB XI (im Pflegegesetz enthalten)	1,17 €	1,17 €	1,17 €	1,17 €

1.2 Wohnen im Doppelzimmer (DZ):

Pflegeklasse (entspricht der Pflegestufe)	Pflegeklasse 1	Pflegeklasse 2	Pflegeklasse 3	Pflegeklasse 3 plus (Härtefall) *
Gesamt-Entgelt für den Wohnplatz im Doppelzimmer	77,91 €	90,46 €	99,70 €	99,70 €
Entgeltbestandteil Pflege (inclusive Ausbildungszuschlag gemäß § 82 a Abs. 2 SGB XI)	50,08 €	62,63 €	71,87 €	71,87 €
Entgeltbestandteil Unterkunft	7,51 €	7,51 €	7,51 €	7,51 €
Entgeltbestandteil Verpflegung	9,99 €	9,99 €	9,99 €	9,99 €

Entgeltbestandteil Investitionskosten	10,33 €	10,33 €	10,33 €	10,33 €
Entgeltbestandteil Ausbildungszuschlag gemäß § 82 a Abs. 2 SGB XI (im Pflegesatz enthalten)	1,17 €	1,17 €	1,17 €	1,17 €

* Aufschlag ab 01.01.2010: 10,35 €/Tag

Anmerkung: Eventuelle Abweichungen von den vorvertraglichen Informationen sind in der Tabelle gesondert kenntlich gemacht / werden wie folgt kenntlich gemacht:

§ 16 Bemessung und Entwicklung des Entgelts

(1) Die Entgelte und Entgeltbestandteile des § 15 werden nach den Vorschriften des Achten Kapitels des SGB XI, insbesondere nach den §§ 85 und 87 sowie § 82 Abs. 2 und 3 SGB XI bemessen. Die nach SGB XI vereinbarten bzw. festgelegten Entgelte und Entgelterhöhungen sind für die Einrichtung sowie für die Bewohnerinnen und Bewohner und für deren Kostenträger unmittelbar verbindlich (§ 85 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 2 SGB XI). Sie gelten als mit den pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohnern vereinbart und als angemessen (§ 7 Abs. 2 Satz 2 WBG). Einer gesonderten Prüfung der Angemessenheit von Entgelterhöhungen bedarf es nicht (§ 9 Abs. 1 Satz 3 WBG). Eine gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Bewohnervertretung bzw. eines Bewohnerfürsprechers wird beachtet. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Festsetzungen durch die Schiedsstelle gemäß § 85 Abs. 5 SGB XI.

(2) Der Entgeltbestandteil für Pflege einschließlich sozialer Betreuung und medizinischer Behandlungspflege (Pflegevergütung) wird mit den Leistungsträgern im Sinn des SGB XI (Pflegekassen und Sozialhilfeträger) vereinbart. Er richtet sich nach der jeweiligen Pflegeklasse, die der Pflegestufe der Bewohnerin / des Bewohners entspricht. Die Bewohnerin / Der Bewohner wurde mit Bescheid der Pflegekasse vom in Pflegestufe eingestuft. Bis zur Einstufung aufgrund der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) gilt das Entgelt der Pflegeklasse, die der von der verantwortlichen Pflegefachkraft der Einrichtung nach ihren fachlichen Erkenntnissen angenommenen Pflegestufe entspricht. Nach Eingang der schriftlichen Kostenübernahmeerklärung der Pflegekasse erfolgt eine entsprechende Rückrechnung.

(3) Für die Entgeltbestandteile für Unterkunft und für Verpflegung sowie für die in § 15 aufgeführten Zuschläge gilt Absatz 2 Satz 1 entsprechend. Sie werden für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung nach einheitlichen Grundsätzen bemessen.

(4) Die gesondert berechenbaren Investitionskosten (vgl. § 14 Abs. 2) werden bei öffentlich geförderten Pflegeeinrichtungen nach § 82 Abs. 3 SGB XI in Verbindung mit landesrechtlichen Ausführungsvorschriften kalkuliert und durch die zuständige Landesbehörde, das ist in Bayern die Bezirksregierung, genehmigt. Bei nicht geförderten Pflegeeinrichtungen werden sie nach § 82 Abs. 4 SGB XI in Verbindung mit § 75 Abs. 5 Satz 3 SGB XII mit den Sozialhilfeträgern vereinbart. Eine Differenzierung ist hierbei zulässig, soweit eine öffentliche Förderung nur für einen Teil der Einrichtung erfolgt ist bzw. soweit Vereinbarungen nach § 75 SGB XII getroffen worden sind (§ 7 Abs. 3 Sätze 2 und 3 WBG).

(5) Soweit Kosten verschiedenen Leistungsbereichen zuzuordnen sind (z.B. Reinigung von Wohnräumen einerseits, Küche und Lebensmittelräumen andererseits), kann eine pauschalisierte Zuordnung zu den jeweiligen Entgeltanteilen nach Erfahrungssätzen

vorgenommen werden. Regelungen und Vereinbarungen mit den Leistungsträgern nach SGB XI (Pflegekassen, Sozialhilfeträger) sind dabei anzuwenden.

(6) Eine beabsichtigte Erhöhung der Entgelte oder Entgeltbestandteile wird der Bewohnerin / dem Bewohner schriftlich mitgeteilt und begründet. Aus der Mitteilung muss der Zeitpunkt hervorgehen, zu dem die Erhöhung verlangt wird. In der Begründung müssen unter Angabe des Umlagemaßstabes die Positionen benannt werden, für die sich durch die veränderte Berechnungsgrundlage Kostensteigerungen ergeben, und die bisherigen Entgeltbestandteile den vorgesehenen neuen Entgeltbestandteilen gegenübergestellt werden. Das erhöhte Entgelt wird ab dem in der Vereinbarung mit den Leistungsträgern oder in der Schiedsstellenentscheidung festgelegten Zeitpunkt, frühestens jedoch vier Wochen nach Zugang des hinreichend begründeten Erhöhungsverlangens geschuldet (§ 9 Abs. 2 Satz 4 WBVG).

(7) Für Entgelterhöhungen aufgrund von Veränderungen der betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen gilt Absatz 6 sinngemäß.

(8) Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der geänderten Entgelte oder Entgeltbestandteile und ihre Höhe richten sich nach der jeweils maßgeblichen Vereinbarung oder Festlegung. Soweit sie von der vorausgegangenen Mitteilung nach Absatz 7 abweichen, werden Zeitpunkt und Höhe den Bewohnerinnen und Bewohnern nach Vorliegen der Änderungsvereinbarung bzw. Festlegung mitgeteilt.

(9) Bei einer Erhöhung des Gesamtentgelts kann die Bewohnerin / der Bewohner den Wohn- und Betreuungsvertrag zu dem Zeitpunkt kündigen, zu dem die Erhöhung gemäß Absatz 6 bzw. Absatz 7 verlangt wird (§ 11 Abs. 1 Satz 2 WBVG). Zieht die Bewohnerin / der Bewohner bis zu diesem Zeitpunkt nicht aus, gilt bis zum schriftlichen Abschluss eines Folgevertrages § 6 Abs. 2 Satz 3 WBVG sinngemäß.

(10) Einwände gegen die Wirksamkeit der Änderung des Entgelts bzw. der Entgeltbestandteile oder gegen Grund oder Höhe der Erhöhung bzw. des neuen Entgelts sind innerhalb einer Ausschlussfrist von zwölf Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem die Änderung oder Erhöhung eingetreten ist, beim Träger der Einrichtung schriftlich zu erheben; die Frist wird auch durch Einreichung bei der Einrichtungsleitung gewahrt.

§ 17 Änderung des Pflege- und Betreuungsbedarfs, Ausschluss der Anpassung

(1) Die Bewohnerin / Der Bewohner ist bei Abschluss dieses Vertrages in Pflegestufe eingestuft. Danach richtet sich die gemäß den §§ 15 bis 17 für das Entgelt maßgebliche Pflegeklasse. Betrifft die Einstufung die Anerkennung als Härtefall im Sinn der Pflegeklasse III plus, gelten die Bestimmungen für die Zuordnung zu den Pflegestufen sinngemäß.

(2) Ändert sich die Einstufung der Bewohnerin / des Bewohners durch die Pflegekasse aufgrund Begutachtung durch den MDK, ist die Einrichtung berechtigt, den Vertrag, insbesondere die Pflegeleistungen einschließlich der sozialen Betreuung und der medizinischen Behandlungspflege sowie den betreffenden Entgeltbestandteil durch einseitige Erklärung anzupassen (§ 8 Abs. 2 Satz 1 WBVG). In der Erklärung werden die bisherigen und die künftigen Leistungen sowie die dafür jeweils zu entrichtenden Entgelte schriftlich dargestellt und begründet (§ 8 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 3 WBVG). Die Bewohnerin / Der Bewohner ist verpflichtet, die Änderung der Einstufung der Einrichtungsleitung unverzüglich mitzuteilen. Unterbleibt diese Mitteilung oder wird sie

verzögert, ist die Bewohnerin / der Bewohner verpflichtet, der Einrichtung den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

(3) Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass die Bewohnerin / der Bewohner aufgrund der Entwicklung ihres / seines Zustands einer höheren Pflegestufe zuzuordnen ist, so ist sie / er auf schriftliche Aufforderung durch den Träger der Einrichtung verpflichtet, bei ihrer / seiner Pflegekasse die Zuordnung zu einer höheren Pflegestufe zu beantragen (§ 87 a Abs. 2 Satz 1 SGB XI). Diese Aufforderung ist in der Regel mit der einseitigen Anpassungserklärung nach § 8 Abs. 2 WBVG verbunden; sie ist zu begründen und auch der Pflegekasse sowie bei Empfängerinnen / Empfängern von Sozialhilfe dem zuständigen Sozialhilfeträger zuzuleiten. Weigert sich die Bewohnerin / der Bewohner, den Antrag zu stellen, kann der Träger der Einrichtung ihr / ihm oder ihrem / seinem Kostenträger ab dem ersten Tag des zweiten Monats nach der Aufforderung vorläufig das Entgelt nach der nächsthöheren Pflegeklasse berechnen (§ 87 a Abs. 2 Satz 3 SGB XI). Werden die Voraussetzungen für eine höhere Pflegestufe vom MDK nicht bestätigt und lehnt die Pflegekasse eine Höherstufung deswegen ab, hat die Pflegeeinrichtung der Bewohnerin / dem Bewohner den überzahlten Betrag unverzüglich zurückzuzahlen; der Rückzahlungsbetrag ist rückwirkend ab dem in Satz 3 genannten Zeitpunkt mit 5 v.H. zu verzinsen. Die Rückzahlungspflicht besteht jedoch dann nicht, wenn und solange die Höherstufung nur deshalb abgelehnt wird, weil die Bewohnerin / der Bewohner ihrer / seiner Mitwirkungspflicht nach § 18 Abs. 2 SGB XI in Verbindung mit den §§ 60 bis 67 SGB nicht nachkommt.

(4) Die Bewohnerin / Der Bewohner kann die Einrichtung durch schriftliche Vollmacht (Anlage 7) ermächtigen, bei ihrer / seiner Pflegekasse in ihrem / seinem Namen Anträge auf Zuordnung zu einer anderen Pflegestufe zu stellen und damit in Zusammenhang stehende Erklärungen abzugeben. Die Bewohnerin / Der Bewohner bleibt dabei zur persönlichen Mitwirkung nach § 18 Abs. 2 SGB XI verpflichtet. Nimmt die Bewohnerin / der Bewohner den aufgrund Vollmacht gestellten Antrag zurück oder widerruft sie / er die Vollmacht gegenüber der Pflegekasse, gilt Absatz 3 entsprechend.

(5) Die Pflicht, eine Anpassung der Leistungen bei Änderung des Pflege- und Betreuungsbedarfes vorzunehmen bzw. anzubieten (§ 8 Abs. 1 Satz 1 WBVG), wird ausgeschlossen, soweit die Einrichtung den erhöhten Pflege- und Betreuungsbedarf unter Berücksichtigung des dem Vertrag zugrunde gelegten Leistungskonzepts, insbesondere in Verbindung mit dem Versorgungsvertrag, nicht erfüllen kann. Hierzu wird eine gesonderte schriftliche Vereinbarung gemäß Anlage 6 geschlossen, in der das berechnete Interesse an dem Ausschluss zu begründen ist (§ 8 Abs 4 WBVG). In diesem Fall finden die Absätze 1 bis 4 keine Anwendung.

§ 18 Fälligkeit und Zahlung der Entgelte

(1) Das Entgelt nach den §§ 15 bis 17 ist für jeden Tag des Aufenthalts in der Einrichtung zu entrichten. Der Tag des Einzugs und der Tag der Beendigung des Aufenthalts zählen als volle Tage.

(2) Das Entgelt ist, soweit es von der Bewohnerin / dem Bewohner zu entrichten ist, monatsweise im Voraus bis zum dritten Werktag eines jeden Kalendermonats zur Zahlung fällig. *[Über das monatliche Entgelt wird eine Rechnung nach den gesetzlichen Vorschriften gestellt.]* Eine schriftliche, jederzeit widerrufliche Ermächtigung für den Lastschrifteinzug liegt als Anlage 12 diesem Vertrag bei.

(3) Soweit das Entgelt für die Pflegeleistungen von der Pflegekasse zu tragen ist, wird von der Einrichtung unmittelbar mit der Pflegekasse abgerechnet (§ 87 a Abs. 3 SGB XI). Die Bewohnerin / Der Bewohner hat lediglich den Restbetrag zu entrichten, der nicht von der Pflegekasse übernommen wird.

Privat versicherte Bewohnerinnen / Bewohner entrichten die Entgelte in der Regel direkt an den Träger der Einrichtung; eine Kostenerstattung durch ihre private Pflegeversicherung bzw. durch die Beihilfestelle veranlassen sie selbst.

(4) Bei nicht pflegeversicherten Bewohnerinnen oder Bewohnern muss ein Kostenübernahmebescheid des zuständigen Sozialhilfeträgers nach § 75 SGB XII vorliegen.

(5) Entsteht durch Kündigung oder Tod der Bewohnerin / des Bewohners ein Kostenerstattungsanspruch der Bewohnerin / des Bewohners oder der Erbin / des Erben / der Erben / der Erben gegenüber der Einrichtung, ist der Betrag sechs Wochen nach Wirksamwerden der Kündigung oder nach dem Tod zur Rückzahlung fällig, frühestens aber nach Räumung des Zimmers. Aufrechnung mit Gegenforderungen des Trägers ist zulässig.

(6) Nimmt die Bewohnerin / der Bewohner die Verpflegung nicht entgegen, weil sie / er auf Sondennahrung angewiesen ist, mindert sich das Entgelt für die Verpflegung um die Ersparnis der Pflegeeinrichtung. Gemindert wird um die ersparten Lebensmittelaufwendungen (Rohverpflegungssatz)

- zu 100% bei Bewohnerinnen und Bewohnern, die 100% der Nahrung per Sonde und Flüssigkeit erhalten
- zu 0% bei Bewohnerinnen und Bewohnern, die alle Portionen der Nahrung oral erhalten und nur Flüssigkeit über die Sonde erhalten
- zu 50% bei allen anderen Formen der Sondenernährung.

Der Betrag des Rohverpflegungssatzes wird in der Vergütungsvereinbarung für die Verpflegung nach § 87 SGB XI festgehalten. Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses beträgt er **4,42** Euro. Eine Veränderung wird betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern vor ihrem Wirksamwerden schriftlich mitgeteilt.

(7) Soweit Zusatzleistungen vereinbart worden sind, stellt die Einrichtung darüber der Bewohnerin / dem Bewohner eine gesonderte Rechnung; der Rechnungsbetrag wird jeweils zusammen mit dem monatlichen Entgelt zur Zahlung fällig (vgl. Absatz 1).

§ 19 Vorübergehende Abwesenheit der Bewohnerin / des Bewohners

(1) Bei vorübergehender Abwesenheit der Bewohnerin / des Bewohners wird der Platz in der Einrichtung bis zu 42 Tagen im Kalenderjahr freigehalten; dieser Zeitraum verlängert sich bei Krankenhausaufenthalten und Aufenthalten in Rehabilitationseinrichtungen entsprechend.

(2) In den ersten drei Tagen der Abwesenheit ist das volle Entgelt zu entrichten. Soweit die Abwesenheit drei volle Kalendertage überschreitet, werden für die Dauer der Abwesenheit die ersparten Aufwendungen auf das Entgelt angerechnet (§ 7 Abs. 5 Satz 1 1 WBVG). Die Höhe des Anrechnungsbetrages ergibt sich aus den Vereinbarungen mit den Leistungsträgern nach § 87 a Abs. 1 Satz 7 SGB XI. Nach der geltenden Vereinbarung wird ein Abwesenheitsentgelt in Höhe von 75 v.H. des täglichen Entgelts für Pflege, für Unterkunft und für Verpflegung sowie eines eventuellen Zuschlags nach § 92 b

SGB XI berechnet. Für die gesondert berechenbaren Investitionskosten sowie für sonstige Zuschläge zum Entgelt wird nach § 87 a Abs. 1 Satz 7 WBVG kein Abschlag vorgenommen.

(3) Als Abwesenheit gilt nur die Abwesenheit über einen vollständigen Kalendertag.

§ 20 Eingebachte Sachen

(1) Im Benehmen mit der Einrichtungsleitung bringt die Bewohnerin / der Bewohner folgende Möbel bzw. andere Einrichtungsgegenstände ein:

-	-
-	-
-	-

(2) Außerhalb des Wohnraums können persönliche Gegenstände nur auf Grund einer besonderen Vereinbarung gemäß § 13 gegen Entgelt untergebracht werden.

(3) Die eingebrachten Gegenstände müssen hygienisch einwandfrei und gefahrlos zu bedienen sein. Insbesondere müssen alle eingebrachten elektrischen und elektronischen Geräte den sicherheitstechnischen Bestimmungen entsprechen bzw. nach den gesetzlichen Vorschriften geprüft sein. Die Einrichtung ist berechtigt, nicht der Sicherheitstechnik entsprechende Geräte stillzulegen.

(4) Für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der eingebrachten Gegenstände, insbesondere für Wartung und für Reparaturen, ist die Bewohnerin / der Bewohner selbst verantwortlich und hat gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen auf eigene Kosten zu veranlassen.

(5) Persönliche Wäsche und Kleidungsstücke werden bei Einzug bzw. bei späterer Beschaffung mit einer Namenskennzeichnung dauerhaft und wäschefest gekennzeichnet. Die Kennzeichnung erfolgt in Verbindung mit der ersten Wäsche, durch den von der Einrichtung beauftragten Wäschedienstleister.

§ 21 Haftung, Versicherung

(1) Die Bewohnerin / Der Bewohner wird auf die großen Risiken bei Einbringung und eigener Aufbewahrung von Wertsachen und von Geldbeträgen hingewiesen. Bei Verlust oder bei Beschädigung von Wertsachen haftet die Einrichtung nicht, es sei denn dass ihr oder ihren Beschäftigten Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann.

(2) Die Bewohnerin / Der Bewohner und die Einrichtung haften einander für Sach- und Vermögensschäden im Rahmen der vertraglichen Beziehung nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Für Personenschäden wird im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen gehaftet. Für Schäden, die durch dritte Personen (z.B. andere Bewohnerinnen / Bewohner oder Besucherinnen / Besucher) verursacht werden, haftet die Einrichtung grundsätzlich nicht. Der Bewohnerin / Dem Bewohner wird empfohlen, für die von ihr / ihm eingebrachten Einrichtungs- und Wertgegenstände eine ausreichende Hausratsversicherung gegen Feuer, Leitungswasser, Einbruchdiebstahl etc. abzuschließen.

(3) Zum Schutz der Bewohnerin / des Bewohners wird empfohlen, zur Abdeckung von Schadensersatzansprüchen gegen sie / ihn eine Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 1 Mio. € pauschal für Personen- und Sachschäden und mit mindestens 25.000 € für Vermögensschäden abzuschließen. Dabei sollte das Schlüsselverlustrisiko (vgl. § 27 Abs. 6) ausdrücklich mitversichert werden.

(4) Die Einrichtung übernimmt keine Haftung für Verhalten und Wohlergehen der Bewohnerin / des Bewohners, sobald diese / dieser ohne Begleitung durch haupt- oder nebenberufliche bzw. ehrenamtliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Trägers das Grundstück der Einrichtung verlassen hat.

(5) Für durch Waschen und Trocknen entstandene Schäden an nicht waschmaschinen- bzw. trocknergeeigneter Bekleidung der Bewohnerin / des Bewohners wird nicht gehaftet, ebenso nicht für den Verlust von Bekleidungsstücken, es sei denn, der Schaden oder Verlust ist auf vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten der Einrichtung oder der von ihr beauftragten Personen oder Firmen zurückzuführen.

§ 22 Vertragsdauer, Kündigung

(1) Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Eine Befristung kann, auch nachträglich, nur vereinbart werden, wenn sie den Interessen der Bewohnerin / des Bewohners nicht widerspricht (§ 4 Abs. 1 Satz 2 WBVG); gegebenenfalls wird der Grund für eine Befristung in § 33 dieses Vertrages festgehalten.

(2) Das Vertragsverhältnis endet durch Kündigung, durch Aufhebungsvertrag oder mit dem Tod der Bewohnerin / des Bewohners.

§ 23 Kündigung durch die Bewohnerin / den Bewohner

(1) Die Bewohnerin / Der Bewohner kann den Vertrag spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf desselben Monats schriftlich kündigen. Bei einer Erhöhung des Entgelts richtet sich die Möglichkeit der Kündigung nach § 16 Abs. 9.

(2) Innerhalb von zwei Wochen nach Beginn des Vertragsverhältnisses kann die Bewohnerin / der Bewohner jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Wird der Bewohnerin / dem Bewohner erst nach Beginn des Vertragsverhältnisses eine Ausfertigung des Vertrags ausgehändigt, kann die Bewohnerin / der Bewohner auch noch bis zum Ablauf von zwei Wochen nach der Aushändigung kündigen.

(3) Die Bewohnerin / Der Bewohner kann den Vertrag aus wichtigem Grund jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn ihr / ihm die Fortsetzung des Vertrags bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nach Absatz 1 Satz 1 nicht zuzumuten ist.

§ 24 Kündigung durch die Einrichtung

(1) Die Einrichtung kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

1. die Einrichtung den Betrieb einstellt, wesentlich einschränkt oder in seiner Art verändert und die Fortsetzung des Vertrags für die Einrichtung eine unzumutbare Härte bedeuten würde und der der Einrichtung deshalb ein Festhalten an dem Vertrag nicht zumutbar ist,

2. die Einrichtung eine fachgerechte Pflege- oder Betreuungsleistung nicht erbringen kann, weil im Fall des § 17

a) die Bewohnerin / der Bewohner einer von der Einrichtung erklärten Anpassung der Leistungen widerspricht bzw. eine von der Einrichtung angebotene Anpassung nicht annimmt oder

b) die Einrichtung eine solche Anpassung nicht erklärt bzw. anbietet, weil für diesen Bedarf nach § 8 Abs. 4 WBVG ein Ausschluss vereinbart ist und der Einrichtung deshalb ein Festhalten an dem Vertrag nicht zumutbar ist,

3. die Bewohnerin / der Bewohner ihre / seine vertraglichen Pflichten schuldhaft so gröblich verletzt, dass der Einrichtung die Fortsetzung des Vertrags nicht mehr zugemutet werden kann; dies gilt insbesondere dann, wenn die Bewohnerin / der Bewohner ihre / seine Mitwirkungspflicht dadurch verletzt, dass sie / er trotz Aufforderung keinen Antrag auf Höherstufung gemäß § 17 Abs. 3 stellt, oder

4. die Bewohnerin / der Bewohner

a) für zwei aufeinander folgende Termine mit der Entrichtung des Entgelts oder eines Teils des Entgelts, der das Entgelt für einen Monat übersteigt, im Verzug ist

b) in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt, mit der Entrichtung des Entgelts in Höhe eines Betrags in Verzug gekommen ist, der das Entgelt für zwei Monate erreicht.

(2) Die Einrichtung kann aus dem Grund des Absatzes 1 Satz 3 Nummer 4 nur kündigen, wenn sie zuvor der Bewohnerin / dem Bewohner unter Hinweis auf die beabsichtigte Kündigung erfolglos eine angemessene Zahlungsfrist gesetzt hat; die Kündigung ist ausgeschlossen, wenn die Einrichtung vorher befriedigt wird. Die Kündigung wird unwirksam, wenn die Einrichtung bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Eintritt der Rechtshängigkeit des Räumungsanspruchs hinsichtlich des fälligen Entgelts befriedigt wird oder eine öffentliche Stelle sich zur Befriedigung verpflichtet.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 Satz 3 Nummer 3 und 4 kann die Einrichtung den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Im Übrigen ist eine Kündigung bis zum dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des nächsten Kalendermonats zulässig.

§ 25 Nachweis von Leistungersatz und Übernahme der Umzugskosten

(1) Hat die Bewohnerin / der Bewohner nach § 23 Absatz 3 aufgrund eines von der Einrichtung zu vertretenden Kündigungsgrundes gekündigt, ist die Einrichtung der Bewohnerin / dem Bewohner auf dessen Verlangen zum Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes zu zumutbaren Bedingungen und zur Übernahme der Umzugskosten in angemessenem Umfang verpflichtet. § 115 Abs. 4 SGB XI bleibt unberührt.

(2) Hat die Einrichtung nach § 24 Absatz 1 Satz 1 aus den Gründen des § 24 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 gekündigt, so hat sie der Bewohnerin / dem Bewohner auf dessen

Verlangen einen angemessenen Leistungersatz zu zumutbaren Bedingungen nachzuweisen und die Kosten des Umzugs in angemessenen Umfang zu tragen.

(3) Die Bewohnerin / Der Bewohner kann den Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes zu zumutbaren Bedingungen nach Absatz 1 auch dann verlangen, wenn sie / er noch nicht gekündigt hat.

§ 26 Vertragsende

Das Vertragsverhältnis endet

- wenn es sich um ein zulässig befristetes Wohn- und Betreuungsverhältnis gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 WBGV handelt, mit Ablauf der Frist.
- im Falle der Kündigung mit Ablauf der nach den §§ 11 und 12 WBGV maßgeblichen Frist bzw. im Fall der außerordentlichen fristlosen Kündigung mit deren Zugang.
- im Falle des Todes der Bewohnerin / des Bewohners mit dem Todestag (§ 4 Abs 3 WBGV).

§ 27 Übernahme, Betreten und Rückgabe des Zimmers

(1) Das Zimmer wird zu Beginn des Vertragsverhältnisses in einem ordnungsgemäßen Zustand zur Verfügung gestellt.

(2) Die Bewohnerin / Der Bewohner verpflichtet sich, ihr / sein Zimmer und die zur allgemeinen Benutzung bestimmten Räume, Einrichtungen und Anlagen schonend und pfleglich zu benutzen und zu behandeln. Sie / Er haftet nach Maßgabe des § 21 für Schäden, die durch sie / ihn schuldhaft verursacht werden.

(3) Die Bewohnerin / Der Bewohner erklärt sich damit einverstanden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung in Erfüllung der der Einrichtung obliegenden Leistungen das Zimmer einschließlich der Sanitärräume betreten. Im Doppelzimmer bezieht sich das Einverständnis auch auf das Betreten zum Zweck der Betreuung der Mitbewohnerin / des Mitbewohners.

(4) Die Einrichtung darf Schönheitsreparaturen und Ausbesserungen im Rahmen der Erhaltung und baulichen Veränderung innerhalb des Zimmers vornehmen, wenn diese erforderlich sind. Die Bewohnerin / Der Bewohner hat in diesem Fall das Betreten ihrer / seiner Räume durch Beschäftigte und Beauftragte der Einrichtung nach rechtzeitiger Ankündigung zu gestatten, es sei denn, die Maßnahme ist für sie / ihn nicht zumutbar. Bei Gefahr im Verzug sind die Einrichtungsleitung oder ihre Beauftragten berechtigt, die Räume auch ohne Vorankündigung zu betreten.

(5) Während der Vertragsdauer kommt die Einrichtung für alle Reparaturen im Zimmer auf, die auf normale Abnutzung zurückzuführen sind, mit Ausnahme der von der Bewohnerin / dem Bewohner eingebrachten Möbel und Einrichtungsgegenstände.

(6) Die Einrichtung verfügt über eine zentrale Schließanlage, um in dringenden Fällen Hilfe leisten zu können. Nicht zur Schließanlage gehörende Schlösser dürfen aus

Sicherheitsgründen nicht angebracht werden. Die Anfertigung weiterer Schlüssel darf nur die Einrichtungsleitung veranlassen. Der Verlust von Schlüsseln ist umgehend der Einrichtungsleitung zu melden; die Ersatzbeschaffung erfolgt durch diese, bei Verschulden auf Kosten der Bewohnerin / des Bewohners. Sofern nach der Beurteilung der Einrichtungsleitung eine Ergänzung bzw. ein Austausch der Schließanlage angezeigt ist, trägt die Bewohnerin / der Bewohner die dadurch entstehenden Kosten. Der Abschluss einer Schlüsselversicherung wird empfohlen (vgl. § 21 Abs. 3). Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses hat die Bewohnerin / der Bewohner bzw. ihre / seine Vertretungsperson die Schlüssel vollzählig an die Einrichtungsleitung zurückzugeben.

§ 28 Beendigung des Vertragsverhältnisses

(1) Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses gemäß § 22 ist das Zimmer bzw. der Wohnplatz unverzüglich, spätestens am zweiten Tag nach der Beendigung, freizumachen und geräumt zurückzugeben. Wird das Zimmer nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig geräumt, so ist die Einrichtung berechtigt, die Räumung des Zimmers bzw. des Wohnplatzes und die Lagerung des Mobiliars und sonstiger Gegenstände auf Rechnung und Gefahr der Bewohnerin / des Bewohners bzw. des oder der Erben zu veranlassen. Eine Haftung für Verlust oder Beschädigung von Gegenständen wird nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Einrichtung bzw. ihrer Beauftragten übernommen. Solange das Zimmer bzw. der Wohnplatz nach Beendigung des Vertragsverhältnisses nicht freigemacht ist, ist für jeden angefangenen Tag eine Nutzungsentschädigung in Höhe von 50 v. H. des täglichen Entgelts für Unterkunft sowie des Investitionskostenanteils zu entrichten.

(2) Für den Fall des Todes trifft die Bewohnerin / der Bewohner folgende besonderen Regelungen: Die Bewohnerin / Der Bewohner bevollmächtigt hiermit die Einrichtung, im Falle ihres / seines Todes

Frau / Herrn

Straße

Postleitzahl und Ort

zu benachrichtigen, und die persönlichen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände an

Frau / Herrn

Straße

Postleitzahl und Ort

oder im Verhinderungsfalle an

Frau / Herrn

Straße

Postleitzahl und Ort

auszuhändigen. Auf die Pflicht zur Rückgabe der Schlüssel an die Einrichtung nach § 27 Abs. 6 wird hingewiesen. Eine letztwillige Verfügung (Testament, Erbvertrag) über diese Gegenstände bleibt durch die hier erteilten Anweisungen unberührt.

(3) Sollte die Bewohnerin / der Bewohner später von Absatz 2 abweichende Regelungen treffen, z.B. in einer Vorsorgevollmacht, so werden diese für die Einrichtung erst verbindlich, wenn sie ihr schriftlich vorliegen.

§ 29 Informations- und Beschwerderecht der Bewohnerin / des Bewohners

- (1) Über die im WBVG geregelten Informationsrechte hinaus stehen den Bewohnerinnen / Bewohnern auch Informationsrechte insbesondere nach dem SGB XI sowie nach den Bayerischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (PfleWoqG) zu.
- (2) Die Bewohnerin / Der Bewohner hat das Recht, sich über die Leistungserbringung der Einrichtung bei der / dem für Beschwerden zuständigen Mitarbeiterin / Mitarbeiter (Telefon: **06021 – 908**) oder direkt bei der Einrichtungsleitung bzw. der Geschäftsführung des Trägers (Telefon: **06021 – 908 100**) zu beschweren. Ihr / ihm ist in der Regel binnen einer Woche eine Antwort auf die Beschwerde zu geben.
- (3) Die Bewohnerin / Der Bewohner kann sich jederzeit mit Fragen oder Beschwerden an die Bewohnervertretung bzw. den Bewohnerfürsprecher wenden.
- (4) Darüber hinaus hat die Bewohnerin / der Bewohner das Recht, sich bei Mängeln der Einrichtung oder der Dienstleistung bei den zuständigen Stellen zu beschweren oder beraten zu lassen.
- (5) Für die Informations-, Beratungs- und Beschwerderechte zuständige Stellen sind in Anlage 16 mit Bezeichnung, Anschrift und telefonischer Erreichbarkeit nach dem Stand bei Vertragsschluss aufgeführt.

§ 30 Infektionsschutzgesetz

- (1) Vor Aufnahme einer Bewohnerin / eines Bewohners besteht die Pflicht, dass diese / dieser der Einrichtungsleitung ein ärztliches Zeugnis vorlegt, aus dem sich ergibt, dass keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer ansteckenden Lungentuberkulose (§ 36 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz – IfSG) oder sonstiger meldepflichtiger oder ansteckender Krankheiten vorhanden sind. Die Bewohnerin / der Bewohner wurde hierüber im Rahmen der vorvertraglichen Informationen informiert. Vor Aufnahme wurde die als Anlage 13 ausgewiesene Erklärung der Bewohnerin / dem Bewohner ausgehändigt und von dieser / diesem ausgefüllt und unterzeichnet der Einrichtungsleitung vorgelegt. Die Bewohnerin / Der Bewohner ist informiert, dass diese Erklärung von der Verwaltung der Einrichtung bis mindestens fünf Jahre nach Beendigung des Heimverhältnisses aufbewahrt und erst anschließend gelöscht wird.
- (2) Soweit die Pflichten nach Absatz 1 nicht vor der Aufnahme erfüllt werden konnten, ist dies in entsprechender Anwendung des § 6 Abs. 2 Satz 3 WBVG unverzüglich nachzuholen.

§ 31 Datenschutz und Schweigepflicht

- (1) Die Bewohnerin / Der Bewohner ist damit einverstanden, dass ihre / seine personenbezogenen Daten, soweit sie von der Einrichtung erhoben worden sind, in der EDV-Anlage oder in sonstigen Unterlagen der Einrichtung bzw. des Trägers gespeichert und verarbeitet werden. Das Einverständnis erstreckt sich auch auf die Weitergabe solcher Daten an die Krankenkassen, die Pflegekassen, den MDK, die Sozialhilfeträger

sowie an die FQA (früher Heimaufsicht) der kreisfreien Stadt oder des Landratsamtes bzw. an die Bezirksregierung und an sonstige öffentliche Stellen, ferner an die behandelnden Ärztinnen und Ärzte, sonstige Angehörige von Heil- und Heilhilfsberufen sowie Apothekerinnen und Apotheker, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben oder zulässig ist. Die von der Bewohnerin / dem Bewohner bzw. der rechtlichen Betreuungsperson zu unterzeichnende Einverständniserklärung ist als Anlage 8a beigelegt.

(2) Die Einrichtung und der Träger verpflichten sich zu einem vertraulichen Umgang mit den personenbezogenen Daten und Informationen der Bewohnerin / des Bewohners. Es werden nur solche Bewohnerdaten und -informationen gespeichert, die für die Erfüllung der Leistungspflichten aus dem Wohn- und Betreuungsvertragsverhältnis oder gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich sind. Sie werden nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugänglich gemacht, die für die entsprechenden Aufgaben zuständig sind und über die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen regelmäßig belehrt werden.

(3) Die Bewohnerin / Der Bewohner willigt ein, dass die behandelnden Ärztinnen / Ärzte die für die allgemeine und spezielle Pflege und/oder Betreuung erforderlichen Informationen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtung sowie anderen an der Behandlung, Therapie oder Medikamentierung beteiligten Personen zur Verfügung stellen. Sie / Er willigt ebenfalls ein, dass ein im Auftrag der Krankenkasse bzw. Pflegekasse vom MDK oder einem anderen Sachverständigen erstelltes Gutachten der Einrichtung zur Kenntnis gegeben wird (siehe Anlage 8a).

(4) Die Bewohnerin / Der Bewohner erhält auf Wunsch Mitteilung, welche Bewohnerdateien geführt werden. Die Bewohnerin / Der Bewohner bzw. die rechtliche Betreuungsperson hat das Recht auf Einsichtnahme in die über sie / ihn geführte Pflegedokumentation. Anderen Personen kann die Einsichtnahme gewährt werden, wenn sie eine auf die jeweilige Einsichtnahme bezogene schriftliche Einwilligung der Bewohnerin / des Bewohners bzw. der rechtlichen Betreuungsperson vorlegen.

§ 32 Sonstiges

(1) Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag dürfen – unbeschadet den Fall der Übertragung des gesamten Betriebs der Einrichtung – nur mit Zustimmung des Vertragspartners auf Dritte übertragen werden. Unberührt davon bleibt das Recht, Dritte mit der Wahrnehmung von Rechten zu betrauen; in diesem Fall ist von der Vertretungsperson grundsätzlich eine schriftliche Vollmacht vorzulegen.

(2) Die Ausführung von Leistungen der Einrichtung nach diesem Vertrag durch beauftragte Dritte ist entsprechend den betrieblichen Bedürfnissen zulässig. Die Beauftragten sind ggf. zur Beachtung insbesondere der Pflichten nach § 31 zu verpflichten.

(3) Soweit in Bestimmungen dieses Vertrags einschließlich der Anlagen die Pflegekassen oder der MDK angesprochen sind, gelten bei privat pflegeversicherten Bewohnerinnen und Bewohnern diese Bestimmungen entsprechend für die private Pflegeversicherung bzw. den medizinischen Gutachterdienst der Privatversicherung. Bei Bewohnerinnen und Bewohnern, die nicht pflegeversichert sind, gilt das sinngemäß für den Träger der Sozialhilfe.

§ 33 Besondere oder sonstige Vertragsbestimmungen

§ 34 Schlussbestimmungen

(1) Soweit nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften einseitige Erklärungen zulässig sind, bedürfen Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einer schriftlichen Vereinbarung, die von beiden Seiten zu unterzeichnen ist. Die Bewohnerin / Der Bewohner erhält eine Ausfertigung der Änderungsvereinbarung.

(2) Sollten aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder entsprechender Durchführungsbestimmungen Ergänzungen oder Änderungen des Vertrages erforderlich werden, erklären beide Vertragsparteien ihren Mitwirkungswillen zur Ergänzung oder Änderung. Die unmittelbare Geltung zwingender gesetzlicher Vorschriften bleibt unberührt.

(3) Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages hat auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages und seiner übrigen Teile keinen Einfluss. An die Stelle von unwirksamen Bestimmungen treten die gesetzlichen Regelungen. Entsprechendes gilt, sofern der Vertrag lückenhaft sein sollte.

Aschaffenburg, den 01.01.2010

Aschaffenburg, den 01.01.2010

.....
Bewohner / Bewohnerin
bzw. rechtliche/r Betreuer/in
oder Bevollmächtigte/r

.....
Einrichtungsleitung

Anlagen:

1. Art und Umfang der Pflegeleistungen
2. Art und Umfang der Leistungen bei Wohnen und Verpflegung
3. Liste der in einer stationären Einrichtung vorzuhaltenden Hilfsmittel
4. Katalog von Zusatzleistungen
5. Aufnahmegespräch, Vertragsschluss
6. Ausschluss von besonderem Pflege- und Betreuungsbedarf gemäß § 8 Abs. 4 WBVG
7. Vollmacht für die Beantragung von Pflegestufen
- 8a. Erklärung zur Einwilligung und zur Entbindung von der Schweigepflicht
- 8b. Ermächtigung zum Datenaustausch für Finanzierungszwecke
9. Haustierhaltung
10. Postempfangsberechtigung
11. Bargeldverwaltung
12. Ermächtigung zum Einzug von Forderungen durch Lastschrift
13. Erklärung zur Einhaltung des § 36 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz (IfSG)
14. Quittung für die Aushändigung von Schlüsseln
15. Hausordnung
16. Verzeichnis von Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen
17. Erklärung des Bewohners über die Versorgung mit Medikamenten
18. Erklärung des Bewohners über die Versorgung mit Medikamenten (Anlage zur Zusatzvereinbarung Verblisterung)

....
....
....
....
....
....
....
....
....
....
....
....
....
....
....